

Pressemitteilung

30. Mai 2017

Renten-, Pflege- und Krankenversicherung

Steigende Beiträge kosten Familien bald mehrere Tausend Euro im Jahr

Anfang des nächsten Jahrzehnts werden die geburtenstarken Jahrgänge (die sogenannten Babyboomer) nach und nach in den Ruhestand wechseln. Dadurch steigen die Sozialversicherungsbeiträge und das wird die Haushaltseinkommen der jetzt jungen Generation deutlich belasten: Ein Ehepaar (Alleinverdiener) mit zwei Kindern wird im Jahr 2030 aufgrund steigender Sozialversicherungsabgaben durchschnittlich 1.213 Euro weniger in der Haushaltskasse haben, im Jahr 2040 werden sogar 2136 Euro fehlen.

Berlin – Der absehbare Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge in Folge des demografischen Wandels trifft die privaten Haushalte bereits im Jahr 2030 hart. Selbst bei vorsichtiger Prognose des Beitragsanstiegs, werden Alleinverdiener und Familien im Jahr 2030 Nettoeinkommenseinbußen zwischen 737 und 1.976 Euro hinnehmen müssen. Dabei wird von jeweils durchschnittlichen heutigen Haushaltseinkommen ausgegangen und von einem Beitragsanstieg der Sozialversicherung von aktuell 39,95 Prozent auf dann 43 Prozent.

Der für das Jahr 2040 unterstellte Anstieg auf 45,5 Prozent würde sogar Nettoeinkommenseinbußen von 1.328 (Alleinerziehend, zwei Kinder) bis 3.509 Euro (Doppelverdiener, keine Kinder) pro Jahr nach sich ziehen. Sollte die Politik – wie mehrfach diskutiert - das Rentenniveau bei 46 Prozent fixieren, stiegen die Nettoeinkommensverluste auf bis zu 2.981 Euro im Jahr 2030, beziehungsweise 4.836 Euro in 2040.

Die Studie "Nettoeinkommenseffekte steigender Beitragssätze zur Sozialversicherung" von Dr. Jochen Pimpertz und Dr. Martin Beznoska, beide **Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)**, basiert auf konservativen Schätzungen über den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge und hat im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** Single- und Paarhaushalte mit je keinem, einem und zwei Kindern untersucht.

Studienautor **Dr. Jochen Pimpertz**: „Die Ergebnisse geben Orientierung für die Bewertung künftiger Wirtschafts- und Sozialpolitik: Zusätzliche Leistungsversprechen führen unmittelbar zu steigenden Finanzierungserfordernissen, die den ohnehin stark geforderten Altersgruppen aufgebürdet werden.“

Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM: „Die Studie führt vor Augen, dass die bereits beschlossenen Rentengeschenke zukünftige Generationen enorm belasten. Wir brauchen jetzt eine Politik, die den demografischen Wandel abfedert und ihn nicht verstärkt. Daher: Rente mit 63 abschaffen, Mütterrente nicht ausweiten, Kostenausweitung der Kranken- und Pflegeversicherung stoppen. Das Ziel: die Sozialversicherungsbeiträge nicht über 40 Prozent ansteigen lassen. Das ist gerecht und gerecht geht nur mit Marktwirtschaft.“

Die Vollständige Studie mit zahlreichen Grafiken finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de